
Eva Kreisky

Das Geschlecht politischer Institutionen

Prof. Dr. Eva Kreisky, geb. 1944 in Wien, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien, von 1989 bis 1993 Professorin für Politische Wissenschaften an der FU Berlin, lehrt seit 1993 Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Zur Beschreibung der Männerbastionen in Gesellschaft und Politik ist die Berufung auf *Männerbünde* oder *das Männerbündische* selbst im politischen Alltagsdiskurs gebräuchlich geworden. Eine Thematisierung des Männerbündischen ruft rasche und oftmals kurzschlüssige Assoziationen zu konkreten, scheinbar wohlbekanntem Männerbünden hervor: Studentische Korporationen oder Freimaurerlogen sind es zumeist, die gedanklich damit verbunden werden. Aber auch andere gesellschaftliche Institutionen, etwa die katholische Kirche oder militärische Verbände, werden mit Männerbündischem identifiziert.

Nicht bloß einzelne deklarierte und ausgewiesene Männerbünde werden im folgenden beschrieben, vielmehr geht es um theoretische Arbeit an einem Begriff des Männerbündischen, der angemessene Analysen politischer und administrativer Einrichtungen gewährleistet. Über die historische Rekonstruktion konkreter Männer-

bünde oder Männerbundformationen hinaus ist nämlich vor allem die Frage interessant, inwiefern sich das Männerbündische als *institutionelle Standardform* in Politik und Staat behauptet hat.

Es ist gewiß kein Zufall, daß in letzter Zeit eine Auslotung des analytischen Potentials des Männerbündischen gerade von selten feministischer Geschlechterforschung erfolgt ist, denn die brüderlich eingeschworene politikwissenschaftliche Community hat weder im Sinne, verborgene Vergemeinschaftungen von Männern oder Institutionalisierungen von Männlichkeit erkennbar zu machen, noch will sie ihr diesbezügliches konzeptuelles Instrumentarium wirklich schärfen. Es soll doch in keinem Falle herausgestellt werden, daß Männer als soziale Gruppe vom Patriarchat kollektiv profitieren. Geschlecht soll unbedacht bleiben - nicht nur als weibliches, sondern vielmehr noch als männliches, denn mit seiner Sichtbarmachung könnte eine prinzipielle Infragestellung zentraler Institutionen und Verfahrensweisen drohen; damit würde eine subkutane Erosion des harten autoritären Kerns politischer Institutionen eingeleitet. Die Vernebelung des Geschlechts stützt immer auch die nach wie vor tendenziell absolutistisch verfaßte politische Herrschaftsarchitektur.

Das maskuline Stereotyp und seine organisatorische Übertragung in männerbündische Prinzipien war niemals nur an ein einziges der großen politischen Ideensysteme gebunden: Es unterstützte nicht, wie oftmals suggeriert wird, bloß konservative und rechte Bewegungen, sondern ebenso direkt und intensiv auch politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen oder sonstige linke und kritische Bewegungen. Die besonderen Strukturen moderner Gesellschaften ließen das Mittelklasseideal von Männlichkeit und männlicher Lebensweise überaus breit im gesellschaftlichen Spektrum diffundieren.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die feministische Frauenforschung zahlreiche empirische Befunde zum faktischen Ausschluß von Frauen aus politischen und administrativen Institutionen vorgelegt. Mangelnde Repräsentanz von Frauen und männliche Dominanz in Gesellschaft und Politik bilden die beiden Seiten der Medaille: Sie sind die Prägestempel aller politisch-administrativen Institutionen.

Auch die Gewerkschaften existieren im großen und ganzen im Windschatten männlich gestylter politischer Institutionen. Sind doch auch sie historisch entstanden in einer Zeit, in der die Baupläne politischer Organisationen ohne das Mitbedenken weiblicher Lebensläufe oder weiblicher Arbeitsinteressen zustande gekommen sind. Und was damals nicht durch patriarchal-männliche Eigeninteressen innerhalb der Gewerkschaften geschah, besorgten schließlich die staatlichen Organisationsnormen, die Frauen politische Rechte ohnehin vorenthielten. Um so bewunderswerter muß daher der historische Kampf und der Behauptungswille von Frauen im Sinne eines auch frauenorganisatorischen Niederschlags in der gewerkschaftlichen Interessensvertretungssphäre erscheinen.

Alle politischen Maßnahmen und Strategien zur Anhebung von Frauenanteilen in politischen und administrativen Institutionen sind aber letztlich an *verdeckten* Interessen gescheitert. Von Wissenschaft und Recht suggerierte *Geschlechtsneutralität* von Institutionen lenkt den Blick ab von der dezidiert männlichen Grundlage unserer politischen Organisationen. So kann das eigentlich tragende Fundament der politisch-institutionellen Welt unsichtbar gehalten werden.

Gewiß sind im historischen Prozeß unterschiedliche Konjunkturverläufe von *Feminisierung* oder auch wieder *De-Feminisierung* bzw. *Re-Maskulinierung* gesellschaftlicher und politischer Institutionen konstatierbar. Jeder Feminisierung von Institutionen stehen aber - selbst bei unbedingtem politischen Willen - strukturelle Bedingungen entgegen. Reformhindernisse werden in der Institutionen- und Organi-

sationstheorie durchaus thematisiert. Inwiefern aber das in Institutionen eingelassene Männliche grundlegenden Organisationsveränderungen blockierend entgegensteht, bildet eine nachhaltige Blindstelle forschenden Interesses. Das Problem politischer Organisationen ist daher nicht nur der Ausschluß von Frauen, sondern die besonderen Einschlußmuster von Männlichkeit und Weiblichkeit sind von Belang.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Carole Pateman weist auf „das Paradox von Ausschluß und Einschluß“ von Frauen in der klassisch-bürgerlichen politischen Ordnung hin: Frauen sind nämlich „aus- und eingeschlossen (...) aufgrund genau derselben Fähigkeiten und Eigenschaften“. Dieses Paradox erst schafft den komplexen politischen Status von Frauen. Auch wenn die Ausgrenzung von Frauen Pateman gestanden hat für die Struktur zentraler politischer Institutionen (insbesondere für Staatsbürgerrechte), waren Frauen nicht auch ausgeschlossen aus der *bürgerlichen Gesellschaft*: „Die Herausbildung des modernen Patriarchats verkörpert auch eine neue Art und Weise, Frauen einzubeziehen“. Allerdings differiert der Einbezug von Frauen wesentlich vom Einbezug der Männer in die politische Ordnung. Nur sie waren ja bekanntlich *Individuen* und *Staatsbürger*. Frauen wurden eingeschlossen als den Männern Untergeordnete, die „politische Pflichten“ zu erfüllen hatten, die aus ihrer „Fähigkeit zur Mutterschaft“ hergeleitet wurden. Mutterschaft wurde in politischen Theorien des 18. Jahrhunderts als „politischer Status“ erörtert.¹

Es ist durchaus nicht unbekannt, daß im historischen Verlauf *Familialismus* und *Ideologisierung von Mutterschaft* auch in gewerkschaftlichen Interessenauseinandersetzungen immer wieder als strategische Mittel eingesetzt wurden. Dem entsprach in der gewerkschaftlichen Tradition umgekehrt aber auch die wertemäßige Aufladung von starker Männlichkeit, war dies doch in einer gewissen historischen Phase wichtiges Kriterium für Arbeitsfähigkeit im Bergbau oder etwa in der Stahlindustrie. Die *Heroisierung* von Arbeit war stark mit Idealisierung bestimmter Art von Männlichkeit verknüpft. Mit dem Niedergang dieser Wirtschaftsbereiche aber wurde Arbeitslosigkeit zunehmend auch zu einem „Problem der starken Männer“, wie es kürzlich der Harvard-Ökonom und Arbeitsmarktexperte Richard Freeman formuliert hat: „Frauen sind viel besser für die Jobs des nächsten Jahrhunderts geeignet als Männer, sie können im Team arbeiten und haben einen guten Umgang mit anderen Leuten. Das Problem sind die muskulösen Männer mit wenig Ausbildung“ (Der Standard, 677.7.1996). Die Gewerkschaftsrelevanz der Geschlechterproblematik, also des Einschlusses von bestimmten Geschlechtskonstruktionen, ist nicht zu leugnen.

Das paradoxe Phänomen von Frauenaus- bzw. -einschluß beinhaltet eine numerisch-quantitative, aber vor allem auch eine kulturelle und ethische Dimension. Das jeweils historisch-konkrete Muster der Dimensionierung des Verhältnisses von Frauenaus- bzw. -einschluß in politischen Institutionen ist niemals zufällig, sondern entspricht Bedürfnis- bzw. sozialen Konfliktkonstellationen und wird daher immer wieder von neuem sozio-ökonomisch, normativ, aber auch psychosozial begründet. Eine Dialektik von Bewegung und Gegenbewegung, von Feminismus und Antifeminismus steuert den historischen Prozeß institutionellen Veränderens sowie institutionellen Beharrens.

Eine Rezeption des theoretischen Konzepts des Männerbundes könnte Reichweite und Treffergenauigkeit nach wie vor unverzichtbarer Organisationsanalysen vergrößern. Das *Institutionelle* macht ja einen traditionellen und nach wie vor bestimmenden und gewichtigen Kernbereich des Politischen aus: Auch wenn Engführung auf institutionelle Politikaspekte hin immer wieder zu Recht Anlaß zu grundsätzlicher, so

¹ Carole Pateman, Gleichheit, Differenz, Unterordnung. Die Mutterschaftspolitik und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen, in: Feministische Studien 1/92, S. 56 f.

auch feministischer Kritik bietet, muß dennoch weiter an Konzepten und Analyseinstrumenten gearbeitet werden, die selbst dem institutionellen Ausdruck von Politik angemessen sind. Die Zukunft des Politischen liegt zwar mit Gewißheit auch jenseits des traditionellen Korsetts politischer Institutionen, was aber natürlich nicht umgekehrt heißt, daß deshalb institutionelle Verfaßtheit von Politik vollkommen hinfällig würde. Die Perspektive des Politischen liegt vielmehr in neu definierten und neu ausartierten Arrangements aus formellen und informellen Politikstrukturen zu sowohl alten Fragen der Politik wie auch zu völlig neu artikulierten Politikgehalten für alte, aber auch neu auftretende Interessengruppen.²

Frei nach Max Weber: „Politik als Männerberuf“

Nur ein bestimmtes Segment von Politik wird in unseren Breiten als Politik wahrgenommen und als solche benannt. Max Weber, Theoretiker der *Berufspolitik* des 20. Jahrhunderts, bestimmte Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“.³ Seine Definition war begrifflicher Reflex auf Veränderungen im politischen Geschehen unter Bedingungen schwieriger Transformationen hin zu Massendemokratien. Webers Begriffsarbeit vermittelt aber mehr als bloße Überhänge aus früheren, vordemokratischen Politikkonzeptionen. Nur die „Leitung“ oder „Beeinflussung der Leitung“ eines „politischen Verbandes“, also eines Staates, nennt er Politik. Mit dieser Festlegung hat er nachhaltig Weichen für das Staats- und institutionenzentrierte Politikverständnis des 20. Jahrhunderts gelegt. Er hat sich von jedem weiten Begriff von Politik distanziert, weil das ja sogar die „Politik einer klugen Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet“, umschließen würde.⁴

Politisches Handeln im Sinne der Beeinflussung der Machtverteilung erfolgt „hauptberuflich“, „nebenberuflich“ oder „ehrenamtlich“. Spätestens seit Weber ist „Politik als Beruf“ vertrautes Konzept eines vor allem männlichen Lebensentwurfs des 20. Jahrhunderts. Anschaulich hat er entfaltet, wie man „aus der Politik“ seinen „Beruf“ machen, von der Politik also leben kann, und wie sich überhaupt die Politik zu einem regelrechten „Betrieb“ entwickelt hat. Diese *Professionalisierung* von Politik hat Weber mit der Modernisierung des Staates in einen plausiblen Zusammenhang gesetzt.⁵ - ..

Was Weber allerdings ausgespart hat, ist die Tatsache faktischen und sogar ideellen Ausschlusses von Frauen aus dem Beruf Politik. Weder thematisiert er den Frauenausschluß als demokratiepolitisches Defizit noch kommen ihm seine beschreibenden Kategorien oder hoch bewerteten politischen Tugenden verdächtig, ideologisch verzerrt oder gar geschlechtlich einseitig aufgeladen vor. Weber spricht in einem Zuge vom „Beruf“, der „Berufung“ und dem „Charisma des ‚Führers‘“, der „Hingabe seines Anhangs: der Jüngerschaft, der Gefolgschaft“,⁶ der „Sachlichkeit und Ritterlichkeit“,⁷ der „Brüderlichkeit“ und dem „Helden“ der Politik.⁸ Er beschreibt Politik mit Metaphern des Kampfes, des Krieges und der Jagd: Politik wird als „Wahlschlachtfeld“ dargestellt, Parteien werden als „reine Stellenjägerorganisationen“ und Ämter als „Beuteobjekte“ etikettiert,⁹ alles in allem also als eine nach männlichen Erfahrungen und Bedürfnissen verfaßte und genormte Erlebnis- und Abenteuerwelt.

2 Vgl. die Debatten bei Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt/TM.1993; Claus Leggewie (Hg.), *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*, Dannstadt 1994.

3 Max Weber, *Politik als Beruf*, 8. Aufl., Berlin 1987, S. 8.

4 Weber, *Politik*, S. 7.

5 Weber, *Politik*, S. 14 ff.

6 Weber, *Politik*, S. 10.

7 Weber, *Politik*, S. 55.

8 Weber, *Politik*, S. 67.

9 Weber, *Politik*, S. 40 ff.

Im Zuge der Darstellung politischer Vergemeinschaftung transportiert Weber, ohne auch nur ansatzweise relativierende Überlegungen anzustellen, den vorurteilsbeladenen Bewußtseinsstand zeitgenössischer Männerbundtheorien samt ihrer frauenausschließenden Sicht der Verknüpfung von Krieg und Politik: „Als politische Volksgenossen erkennt der Waffentragende nur den Waffentüchtigen an. Alle anderen, Nichtwaffengeübte und Nichtwaffentüchtige, gelten als Weiber.“¹⁰

Jeder - auch noch so bescheidene - Berufspolitiker partizipiert in Webers Sicht an Macht über Menschen. Er verfügt über ein Gefühl von Geschichtsmächtigkeit, das ihn „über den Alltag hinausheben“ läßt. Aber nun stellt sich für Weber eine dringliche *ethische* Frage: Welcher Qualitäten bedarf dieser Mensch dazu eigentlich? Was für ein Mensch muß er sein, „um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen?“ Erst leidenschaftlicher, verantwortlicher und distanzierter „Dienst an einer ‚Sache‘“ macht den Politiker. „Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele.“¹¹

Wenn Weber für den Beruf Politik erforderliche Qualitäten hervorkehrt, bedient er sich gerne der *Weiblichkeit* als Allegorie zur Indizierung von Unfähigkeit und Unangemessenheit: „Statt nach alter Weiber Art nach einem Kriege nach dem ‚Schuldigen‘ zu suchen - wo doch die Struktur der Gesellschaft den Krieg erzeugte -, wird jede männliche und herbe Haltung dem Feinde sagen: ‚Wir verloren den Krieg, - ihr habt ihn gewonnen. Das ist nun erledigt: nun laßt uns darüber reden, welche Konsequenzen zu ziehen sind entsprechend den sachlichen Interessen, die im Spiel waren (...)“¹²

Der *sachlichen* Seite politischen Handelns kann freilich nur der imaginierte männliche *Geschlechtscharakter* gerecht werden, also sozial und politisch konstruierte Männlichkeit. Das ist dann das von Weber eingeforderte nötige „Augenmaß“ des Politikers, die „Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen“, also: die „Distanz zu den Dingen und Menschen“.¹³ Distanz hat in Webers Denkmodell also das unbedingte Monopol auf Sachlichkeit, während Nähe zu Menschen oder zu Sachen augenscheinlich für Politik disqualifiziert. Nicht zu übersehen ist, daß diese Unterscheidung nicht nur geschlechtsspezifisch untermauert, sondern zudem in einer Bewertungshierarchie positioniert ist. Weit verbreitetes - oft sehr folgenreiches und inhumanes - männliches Verhalten wird nicht problematisiert, sondern unter der Hand zum richtigen politischen Verhalten verklärt und verabsolutiert. Obwohl Weber eigentlich nur sehr selten ausdrücklich von Männern spricht, bezieht er sich ausschließlich auf die Spannweite männlicher Erfahrungswelten. Die enge und starre Verknüpfung zwischen männlichem und politischem Denken ist kaum zu bestreiten.¹⁴ Für Weber war es selbstverständlich, daß *Realpolitik* Sache von Männern ist. Er lebte und arbeitete in einem intakten und durchaus kohärenten patriarchalen Zusammenhang. So hatte er auch wenig Grund, dieses Faktum zu verschleiern, wenn gleich es ihn auch nicht zu spezieller Kritik anstachelte. Politische Geschlechterteilung war für Weber, der heute noch gerne in politischen Sonntagsreden strapaziert wird, normale politische Ordnung.

Eine Phänomenologie der Politik: das Auf und Ab von Männerfreundschaften

Gleichgültig von welchem gesellschaftlichen oder politischen System die Rede ist, immer sind es Konjunktur- und Krisenverläufe von Männerbeziehungen, die die tages-

¹⁰ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1972 (1922), S. 616.

¹¹ Weber, *Wissenschaft*, S. 50 ff.

¹² Weber, *Wissenschaft*, S. 55.

¹³ Weber, *Wissenschaft*, S. 51.

¹⁴ Genauer dazu Roslyn W. Bologh, *Love or Greatness. Max Weber and masculine thinking - feminist inquiry*, Boston 1990.

politische Dynamik überproportional bestimmen, ohne daß dieses Faktum aber auch als solches benannt wird. Man könnte in Männerbeziehungen auch die *invisible hands* der Politik sehen. Nicolaus Sombart realisiert die Bedeutung dieses Umstandes und konzeptualisiert daher Freundschaft auch als politische Kategorie.¹⁵

Nationalsozialistische Männerbundapologeten, wie der Ordinarius für politische Pädagogik an der Universität Berlin Alfred Baeumler, glaubten, daß das Freundschaftsverhältnis überhaupt nur zum Staat in Beziehung stehen kann: „Freundschaft ist etwas anderes als eine persönliche Liebhaberei. Die Freundschaft als Lebensform gedeiht nur mit Bezug auf den Bund und den Staat. Es gibt keine Freundschaft ohne Vaterland, aber auch kein Vaterland ohne Freundschaft“¹⁶ Nicolaus Sombart radikalisiert in kritischer Absicht diese Vorstellungen Baeumlers: „Freundschaft ist natürlich Männersache, wie der ‚Staat‘ Männersache ist (nur Männer können Freunde sein). Der Staat ist eine Sache von ‚Freunden‘. Die Basis des Staates ist ein Freundesbund - mit anderen Worten der ‚Männerbund‘“.¹⁷ Sombart ortet in dieser Sicht die essentialistische Identität von Staat und Männerbund. Die „Entscheidung für den ‚Staat‘“ ist die „Entscheidung gegen den ‚Feind‘“.¹⁸ Das Freund-Feind-Denken reguliert politische Zusammenhänge. Ähnlich sieht (der heute immer noch prominent vertretene) Staatsrechtler Carl Schmitt „die Unterscheidung von Freund und Feind“ als das „Kriterium“ des Politischen.¹⁹ Der „Feind“ steht für das „Andere“, das es abzugrenzen und auszuschließen gilt.

Diese griffige Trennlinie des Politischen hat selbstverständlich immer auch für gewerkschaftliche Interessenpositionen Relevanz gehabt. Harte Abgrenzung gegenüber außen sollte Solidarisierung nach innen begünstigen. Diese vermeintliche Klarheit über das Wir und die Anderen war auch für gewerkschaftliche Konfliktgeschichte bestimmend. Und es war auch gar nicht so leicht, diesen Weg vermeintlicher *kollegialer* Gewißheiten zu verlassen zugunsten aktueller neu definierter Konfliktkonstellationen oder neuer sozialer Anrechtsgruppen. Auch der Geschlechterkonflikt hat in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren neue politische Verwirrungen aufgeführt. Auch dies könnte als Indiz für männerbündische Grundierungen der gewerkschaftlichen Bewegung herhalten.

Berufspolitik stellt im Vergleich zu anderen einen loseren Männerbund dar, der daher auch eher stetem Verfall ausgesetzt ist. Politiker sind zwar Initiierte, „aber mit weniger Aufwand und Verpflichtung als in anderen Bünden“. Ihr männerbündischer Kitt ist vor allem in der Geschichte und in jenen Instanzen der Gesellschaft aufzuspüren, durch die faktische Herrschaft garantiert und legitimiert wird, so daß „allein ihr Auftreten ihren Anspruch schon zu rechtfertigen scheint“. Männerbündische Initiationsriten und Zeremonien werden zwar allmählich aufgeweicht (durch z. B. Rotation, Quotierung), dennoch bewahrt sich Politik ihre charakteristische männerbündische Tendenz, die in der Ausschließung des Anderen besteht. Verschiedene magisch erscheinende politische Techniken, aber auch Sprachregelungen sind selbstverständlich „für die im männerbündischen Verhalten vereinten Politiker“.²⁰

Bärbel Schöler-Macher hat die *Fremdheit* der Frauen in der Politik am Beispiel des Berliner Abgeordnetenhauses empirisch untersucht. Die Erfahrungen der befragten Frauen, die Politik als Beruf betreiben, bestätigen alle Feststellungen von einer politi-

15 Vgl. Nicolaus Sombart, Männerbund und politische Kultur in Deutschland, in: X H. Knoll/X H. Schoeps (Hg.), Typisch deutsch: Die deutsche Jugendbewegung, Opladen 1988, S. 155-176.

16 Alfred Baeumler, Männerbund und Wissenschaft, Berlin 1934, S. 38.

17 Sombart, Männerbund, S. 157.

18 Sombart, Männerbund, S. 157.

19 Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1963 (1932), S. 26.

20 Schmitt, Begriff, S. 89 ff

sehen Männerbundkultur. Schöler-Macher erkennt in diesem empirischen Faktum die besondere „Affinität (des politischen Systems) zu Männlichkeitswerten und -Vorstellungen“, die Männern noch dazu in doppelter Hinsicht nützt, weil sie ihre politischen Karrieren stützt und weil sie ihnen obendrein auch noch *kameradschaftliche* Wärme und Geborgenheit schafft in den entfremdenden, inhumanen Strukturen der Berufspolitik. Beides arbeitet aber zugleich auch gegen Frauen, es behindert ihr politisches Fortkommen und es perpetuiert ihr Gefühl von Fremdheit im politischen Männerland.²¹

Anmerkungen zur zwiespältigen Verwendung des „Männerbuncl-Konzeptes

Es ist keinesfalls zu übersehen, daß der Männerbundbegriff nicht nur schillert, sondern in völlig unterschiedlichen Kontexten, mit extrem konträren Bedeutunggehalten und differenten Konnotationen gebraucht wird: Was die einen bekanntermaßen zum idealen Wunsch steigern, entdecken die anderen bereits in unerträglichem Übermaß in gesellschaftlichen und politischen Normalstrukturen. Dennoch gebrauchen beide Kontrahenten für ganz und gar nicht kongruente Inhalte und Zielsetzungen dieselbe Bezeichnung. Diese dem Männerbundbegriff innewohnende sonderbare Ambivalenz bedarf der Klärung und Differenzierung:

Einerseits steht der Begriff nämlich für eine politisch-ideologische Programmatik, die den Männerbund als anstrebenswerten *Idealtypus* von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung schlechthin ansieht.²² Diese männerbündischen Visionen sind ideologische Produkte des 20. Jahrhunderts, die sich ganz jenem Kampf verschrieben haben, der in der Tradition von Antidemokratismus, Antifeminismus sowie Remaskulinisierung von Gesellschaft und Politik steht. Andererseits hat sich vor allem in der neueren politisch-feministischen Debatte das Konzept des Männerbündischen als herrschafts- und patriarchatskritischer Begriff im Kampf um Entpatriarchalisierung und Feminisierung etabliert. Der Männerbund ist zu einem populären Stehsatz der Frauenbewegung geworden, um konkrete Assoziationen zum männlich strukturierten und männlich dominierten Staatswesen anzusprechen. Bislang ist der Begriff weitestgehend unreflektiert in den alltäglichen feministischen Wortschatz eingeflossen. Er suggeriert Klarheit da, wo wir eigentlich immer noch im analytischen Dunkel tappen.

Um den Männerbundbegriff aus der oberflächlichen und unproduktiven Selbstverständlichkeit eines Stehsatzes herauslösen und ihn in ein dynamisch-analytisches Potential überleiten zu können, bedarf es genauerer Klärung zahlreicher noch anstehender Fragen. Die Transformation zu einem analytisch anspruchsvolleren Konzept des Männerbündischen ist bislang nur ansatzweise geschafft.

Die Existenz diffuser Übergänge vom Alltags- zum theoretischen Denken kann freilich auch gezielt genutzt werden, um Wissenschaftlichkeit zu suggerieren, wo eigentlich fast nur alltägliche Ängste und Vorurteile erkenntnisleitend wirken. An der Jahrhundertwende ist nicht nur eine besondere Hoch-Zeit des sozialen und politischen Geschlechterkampfes, sondern auch eine Ära (pseudo)wissenschaftlicher Legitimationsbemühungen der herrschenden hierarchischen Geschlechterordnung festzustellen. Ebenso spiegeln sich in der Begriffsgeschichte des Männerbundes diese Konfliktlinien und Erkenntnisinteressen wider. Bezeichnenderweise haben Männerbund-

21 Bärbel Schöler-Macher, Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht der Frauen, in: Frauenforschung, hrsg. v. Institut Frau und Gesellschaft, H. 1+2/1991. S. 106 f.

22 Vgl. Heinrich Schurtz. Altersklassen und Männerbünde. Eine Darstellung der Grundformen der Gesellschaft. Berlin 1902; Hans Blüher. Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft. Eine Theorie der männlichen Staatsbildung nach Wesen und Wert. 2 Bände. Jena 1921; Alfred Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltungskämpfe unserer Zeit, Berlin 1930; Bauumler. Männerbund: u. a. m.

Ideologen zur Selbstbezeichnung ihres Kampfprogrammes keineswegs zufällig den Theoriebegriff strapaziert. Das bedrängte männliche Alltagsverständnis bediente sich auch der Macht der Wissenschaftsform: Auch der vorgeblich *wissenschaftliche Begriff* des Männerbundes ist an der Wende zum 20. Jahrhundert in Deutschland entstanden. Im 19. Jahrhundert war eine Männerbundtheorie (noch) nicht notwendig gewesen, da der Frauenausschluß in und mit der damaligen Politikstruktur ohnehin realisiert war. Männerbundtheorien sind Ausdruck des 20. Jahrhunderts, jener Zeit also, in der es die „Mädchen- und Fraueninvasion“²³ abzuwehren galt. Zudem ist es auch jene Zeit, in der die *Moderne* die ungerechte hierarchische Geschlechterordnung erstmals auch wissenschaftlich zu untermauern begann.²⁴

Der Männerbundbegriff ist ideengeschichtlich in Deutschland verwurzelt. Daran kann auch die gelegentliche Beschäftigung mit Detailfragen zum Männerhaus durch ausländische Ethnologen nicht rütteln, denn nirgendwo gab es denselben Anspruch einer *Gesamtschau* bzw. dasselbe ehrgeizige Hochstilisieren des Phänomens zu einer *Gesellschaftstheorie*. In Deutschland ist also zuerst der Anstoß zur Entstehung einer Männerbundideologie erfolgt und dann ereignete sich dort auch noch durch den Nationalsozialismus die übersteigerte Ausformulierung sowie Realisierung vieler Aspekte der männerbündischen Form. Die historische Tatsache der ideologischen Besetzung des Männerbundkonzeptes durch den Nationalsozialismus belastet allerdings auch die Möglichkeiten bloßer Wiederbelebung des Männerbundbegriffes durch feministische Kritik an patriarchalen Herrschaftsverhältnissen in Staat und Politik.

Das „abgestufte“ Männerbundphänomen, seine Strukturelemente sowie seine unbewußten Fundierungen

Nun sollen (formelle wie informelle) *Bauelemente* männerbündischer Strukturen und Mechanismen dargestellt werden. Im thematischen Zusammenhang von Politik und Staat ist keinesfalls davon auszugehen, daß Männerbund nur das ist, was sich auch als solcher erklärt. Da gäbe es in aktuellen Gesellschaften unter Umständen nur noch singuläre Rest- oder Randbeispiele (wie z. B. studentische Korporationen, katholische Studentenverbindungen, Freimaurerlogen). Diese möglicherweise relative Randständigkeit ist aber nicht unbedingt auch mit tatsächlicher gesellschaftlicher und politischer Macht- oder Einflußlosigkeit gleichzusetzen. Außerdem würden politisch durchaus relevante Institutionen nicht angemessen erfaßt werden können, in denen zwar nicht eine Männerbund-Deklaration das vordergründige Beitrittsmotiv ausmacht, sondern die *Hingabe an Höheres* Beweggründe darstellen und Frauenausschluß somit eigentlich als bloß sekundäres Phänomen, als sich gewissermaßen natürlich ergebende Folgeerscheinung, legitimiert wird (wie z. B. katholische Amtskirche, Militär).

Es kann also nicht nur auf Entstehung und Verfassung als Männerbund abgestellt werden, unbedingt müssen auch Wirkungen verschiedener institutioneller Formen als Männerbünde, also *funktionale Äquivalente* von Männerbünden, in Institutionenanalysen einbezogen werden. Männerbünde äußern sich vor allem in modernen Gesellschaften auch in vielfältigen informellen oder latenten Formen, die oftmals eben nur faktisch wie Männerbünde wirken. Frauenausschluß oder Männerreservat kann intendiert oder nichtintendiert sein. In jedem Falle aber sind Frauen ausgeschlossen. Losere Männerbundformen zu übersehen, würde analytische Möglichkeiten des Männerbundkonzeptes einschränken. Nur unter dieser Voraussetzung läßt sich das

²³ Vgl. Blüher, Rolle.

²⁴ Vgl. Claudia Honegger, Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib. 1750 -1850, Frankfurt/M. 1991.

Männerbundkonzept in sinnvoller Weise auch auf den (formal- und nicht unbedingt real) demokratisch verfaßten Staat des ausgehenden 20. Jahrhunderts beziehen. Nicolaus Sombart konstatierte daher zu Recht, daß das „Männerbundsyndrom als psychisches Verhaltensmuster und als Mentalitätsraster“ auch dort noch „wirksam und nachweisbar (ist), wo es eine akute Männerbundbindung nicht (mehr) gibt“.²⁵

Masse und Männerbund sind Modelle gesellschaftlicher und politischer *Ordnung*, „nicht bloß für eine politische oder soziale Außenwelt, sondern auch als Mittel der Konstruktion einer männlichen Ich-Identität“.²⁶ Die Idee des Männerbundes steht als Gegenbegriff zur ungestalteten, objekthaften, gleichzeitig aber auch bedrohlichen (interessanterweise weiblich vercodeten) passiven Masse. Charakteristisch für den Idealtypus männerbündisch strukturierter Gesellschaft ist sein elitäres, männlich-fixiertes Kulturverständnis, für das der Ausschluß der Frauen konstitutiv ist. Der Drang zur männlichen „Selbstfindung“ bedarf „radikaler Abgrenzung“.²⁷ Die Idee des Männerbundes ist in ihrem Kern Kampfprogramm gegen Ängste, ein männliches Selbstbehauptungsprogramm also: „Frauenfeindlichkeit, antikapitalistische Tendenzen und andere Strategien der Ausgrenzung gehen eine eigenartige Mischung ein, um das zu verhindern, was (...) als der Untergang männlicher Identität erscheint: den Beginn des Zeitalters einer Herrschaft der Massen“.²⁸

Die angeblich wesensmäßige Identität von Staat und Männlichkeit legitimiert vordergründig den militanten Ausschluß von Frauen, um die Macht- und Entscheidungspositionen als männliche zu erhalten. Dieser beinahe pathologische Drang nach männlicher Monokratie läßt sich auf eine „historisch gewachsene Grundtendenz männlichen Verhaltens“ zurückführen: Männer verbünden sich fast überall und fast immer mit dem Ziel, die männliche Dominanz in der Gesellschaft zu verteidigen.²⁹ Auch wenn totalitäre Abwehrstrategien (wie z. B. im Faschismus und seiner umfassenden Reorganisation der Geschlechterverhältnisse) nicht auf Dauer greifen können, geht es bei männerbündischen Zielsetzungen immer noch um Erhaltung oder Schaffung zumindest punktueller *Männerreservate*. Männerbünde sind eine „männergemäße, männerbezogene, exklusiv von Männern geprägte Form der Gesellung“.³⁰ Männerbündische Merkmale finden sich daher in mehr oder weniger deutlicher Form sowohl in totalen wie auch *vpunktuellen* Arrangements.

Als mehr oder weniger deutlich wahrnehmbare Grundstrukturen des Männerbundphänomens nennen Ethnologie, Anthropologie, Soziologie und historische Forschung:³¹

- freiwillige und bewußte Zusammenschlüsse von Männern, aber auch bloß psychische Verhaltensmuster und Mentalitätsraster; Formen männlicher Identitätsstütze;
- Männerbundmitgliedschaft impliziert Anerkennung von Werten und geistigen Zielen, die häufig eine Überhöhung des in der jeweiligen Gesellschaft geltenden Wertesystems (Ideologie) darstellen;
- Affinität, Kohäsion und Solidarität von Männern, deren Bindung nicht rational, sondern emotional, Effektiv, erotisch ist; Gemeinschaft in einem geschlechtsspezifischen Sinne;
- hierarchische Binnenstruktur (zentrale Figur eines Männerhelden oder Führers und libidinös gebundene Brüder, Freunde, Genossen, Kollegen oder Kameraden);

25 Sombart, Männerbund, S. 171 f.

26 Bernd Widdig, Männerbünde und Massen. Zur Krise männlicher Identität in der Literatur der Moderne, Opladen 1992, S. 29.

27 Widdig, S. 25 f.

28 Widdig, S. 21.

29 Völger/v. Welck, S. XXI.

30 Sombart, Männerbund, S. 158.

31 Vgl. u.a. Sombart, Männerbund, S. 158 ff.; Völger/v. Welck, S. XXI; Heinrichs, S. 87 ff.

- spezifische Verkehrsformen, Verhaltensmuster, Wertmaßstäbe, Denkfiguren (Treue, Ehre, Gefolgschaft, Gehorsam, Unterwerfung);
- Geheimhaltung und Verstellung (Aura des Geheimnisvollen, Geheimbund);
- Aufnahme, Initiation; überhaupt Rituale, Zeremonien, Sprache: magische Techniken;
- künstliche Feindbilder, Abwehr des Fremden, des Anderen (Weiblichkeit, Bolschewismus, Judentum).

Psychoanalytische Deutungsversuche zum Männerbundsyndrom greifen zumeist auf „Totem und Tabu“ zurück, in dem Sigmund Freud dem Ursprung kultureller Institutionen nachgegangen ist. Freud versuchte, mit der „Urhorde“, dem Ereignis des „Vatermordes“ sowie der „Totemmahlzeit“ der Brüder die Übergänge vom Alten zum Neuen aufzuhellen. Der Zusammenschluß der Brüder bereitete der Vaterhorde ein Ende: „Vereint wagten sie und brachten zustande, was dem einzelnen unmöglich geblieben wäre“.³² Der „gewalttätige Urvater“ war „das beneidete und gefürchtete Vorbild eines jeden aus der Brüderschar“. Durch den „Akt des Verzehens“ eigneten sie sich „ein Stück seiner Stärke“ an („Identifizierung“). Die Totemmahlzeit ist „die Wiederholung und die Gedenkfeier dieser denkwürdigen, verbrecherischen Tat, mit welcher so vieles seinen Anfang nahm, die sozialen Organisationen, die sittlichen Einschränkungen und die Religion“. Mit der Tat allein war die Sache freilich noch nicht erledigt. Die Brüderschar hatte „ambivalente“ Gefühle gegen den Vater, sie haßte ihn, aber sie liebte ihn auch. Reue und Schuldbewußtsein ließ sie einen „Vaterersatz“ („Totem“) schaffen, dessen Tötung sie untersagten, sie verzichteten aber auch auf die „freigewordenen“ Frauen („Inzestverbot“). Die Brüder mußten sich zusammenschließen, damit „niemand von ihnen vom anderen behandelt (werde) (...)“, wie der Vater von ihnen allen gemeinsam“. An die Stelle der Vaterhorde war der Brüderclan getreten, welcher sich durch das Blutband versichert hat“.³³ Folgt man Freuds psycho-sozialer Rekonstruktion, so wäre dies gewissermaßen als die Geburtsstunde des Männerbundes anzusehen.

Der Ethnopsychanalytiker Mario Erdheim deutet „Totem und Tabu“ als Erklärungsmodell für die Institutionalisierung von Bewegungen überhaupt: „Freuds Phantasie von der Urhorde spiegelt in gewisser Hinsicht die Situation vor jeder Institutionalisierung wider“.³⁴ Freud beschrieb „Prozesse, die die Unbewußtmachung einschneidender und gewaltsamer Umstürze und Machtverlagerungen bewirken“ und erklärte auch, „wie es möglich war, hierarchische Ordnungen aufzubauen, die eine Mehrheit zugunsten einer Minderheit entmachteten“.³⁵ Der Mythos vom Vatermord sollte die Privilegien der Männer vor der Rache der entmachteten Frauen schützen. Weil keiner der Brüder bzw. Männer den Sieg davongetragen hatte, rotteten sie sich zusammen, nicht aber aus dem Bewußtsein ihrer erwünschten Gleichheit. Sie machten aus der männlichen Not sozusagen unter der Hand eine männliche Tugend.

Männerbundapologeten verschweigen und verschleiern aber gerade diese Tatsache, indem sie eine besonders *egalitäre* Qualität in Männerbünden erkennen wollen. So wird also behauptet, wenn Männer unter Männern wären, würden soziale Gegensätze keine Rolle mehr spielen. Diese Idylle männlicher Gleichheit wurzelt aber in einer speziellen Konstruktion: Scheinbare Gleichheit nach außen (*Brüder, Kameraden, Genossen*) wird nämlich über Zeremonien und Rituale „in interne Hierarchie und Macht transformiert“.³⁶ Orte wirklicher Gleichheit sind Männerbünde

32 Sigmund Freud, Totem und Tabu. Frankfurt/M. 1991. S. 196.

33 Freud, S. 198 ff.

34 Mario Erdheim, Einleitung. Zur Lektüre von Freuds Totem und Tabu, in: Sigmund Freud, S. 21.

35 Freud, S. 36.

36 Angelika Ebrecht, Dürfen Frauen den Männern hinter ihr Geheimnis kommen? Frauen und Geheimgesellschaften im 18. Jahrhundert, in: Feministische Studien 1/1989, S. 30.

jedenfalls nicht, ganz im Gegenteil, eine überaus starre Hierarchie steuert Gefühlsbindungen und regressive Mechanismen: Was *Rekruten*, *Novizen* oder *Füchse* dürfen, ist im Detail genauestens festgelegt. Im Zweifelsfall ist immer die größere Verweildauer im Männerbund entscheidend. Positionen werden in der Regel altersgemäß ersonnen.

Zusammenfassung

Unsere institutionelle Welt - einschließlich der Gewerkschaften - ruht also auf einem massiven männerbündischen Fundament, worunter keineswegs nur formelle und direkte Ausschlußregeln für Frauen, sondern auch die gesamte männliche Ethik dieser Institutionen mit all ihren subtilen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsspielen zu fassen ist.

Die rechtsstaatliche Ordnung hat eine bloße Umcodierung des gesellschaftlichen Zustandes der Ungleichheit in einen formalen Zustand der Gleichheit erbracht, denn Anpassung der Wirklichkeit an die Norm steht keinesfalls prioritär auf der Tagesordnung männerbündisch geformter Politik. Antidiskriminierungspolitik oder Maßnahmen der Frauenförderung haben von vornherein und immer rechtsstaatlichen Makel an sich, sie sind mit dem Odium der Ungleichbehandlung belastet, während die faktisch ungleichbehandelnde Rechtsordnung davon ein für allemal freigesprochen sein soll. Im harmonisierten Kräfteparallelogramm der Rechtsstaatlichkeit hat Frauempolitik prinzipiell *störendes* Gewicht. Machtkonstellationen und Konsense der Vergangenheit werden durch sie neu unter dem Geschlechteraspekt aufgerollt. Und genau das soll nicht sein.

Hier sind natürlich auch die relativ engen Grenzen gewerkschaftlicher und betrieblicher Frauenförderung auszumachen. Aus internationalen Vergleichen wird zudem deutlich, daß dort, wo *korporative* Organisations- und Rekrutierungsmuster wirksam werden (z. B. in sozialpartnerschaftlichen oder bürokratischen Gremien), Feminisierung von Strukturen bei weitem schwerer fällt als dort, wo Organisationskörper nach *numerischen*, also transparenteren Wahlverfahren bestimmt und reproduziert werden (z. B. in Parteien und Parlamenten). Das erklärt auch, warum in den meisten Ländern Europas die Quotierungsdiskussion in Parteien und Parlamenten in der Vergangenheit lauter abging als etwa in Gewerkschaften, Verbänden oder Verwaltungen. In letzteren scheint also die männerbündische Resistenz weitaus nachhaltiger.

Antifeminismus hat sich als wirksame Gegenbewegung zur Frauenbewegung in Wissenschaft, Kunst und Politik formiert. In dieser Strömung erschienen Männerbünde als praktische Alternative zu sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungen. In Männerbünden konnte angegriffene, gefährdete Männlichkeit Zuflucht suchen, sich in traditioneller Männlichkeit bestätigen und Männlichkeit im Sinne traditioneller Gesellschaftsrestauration politisch durchsetzen lassen. Der drohenden *Verweiblichung* der Männer und *Verweiblichung* staatlicher Tätigkeit sollte die alte Geschlechterordnung entgegengestellt werden.

Der bloße *Rückzug* von Männern in Reservate stellt noch nicht das gesellschafts- und demokratiepolitische Problem dar. Das ergibt sich erst dann, wenn der Männerbund zum politischen Strukturelement schlechthin wird und die Standardform aller Politik abgibt. Auch der gewerkschaftliche Bereich hat sich daher dieser kritischen Frage zu stellen. Ansonsten gälte für ihn, was auch für die Geschichte des neuzeitlichen Staates gilt: Er vermittelt anschaulich seine nachhaltige Affinität zur Männerbundsform.